

## Heinen-Esser soll neue Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen werden

Neue Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen soll die CDU-Politikerin Ursula Heinen-Esser werden. Die 52-Jährige erklärte bei ihrer Vorstellung durch Ministerpräsident Armin Laschet, ihr Ziel sei eine nachhaltige Umwelt- und Naturschutzpolitik. Gleichzeitig wolle sie für gute Rahmenbedingungen für eine moderne Agrarwirtschaft sorgen. Die Diplom-Volkswirtin war von 2007 bis 2009 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium; von 2009 bis 2013 war sie in gleicher Funktion für das Bundesumweltministerium tätig. Heinen-Esser folgt auf Christina Schulze Föcking, die ihr Amt wegen eines wachsenden politischen und öffentlichen Drucks aufgab.

Länderberichte 11

## Lokalanästhesie Option bei Ferkelkastration - Rechtliche Voraussetzungen schaffen

Die Bundesregierung betrachtet die Ferkelkastration unter Lokalanästhesie weiterhin als mögliche Alternative zur Jungebermast, der Immunokastration und der Kastration unter Vollnarkose. Allerdings müssten dafür erst die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, schreibt sie in ihrer Antwort auf eine FDP-Anfrage. Weil mit den Wirkstoffen Procain oder Lidocain keine volle Schmerzausschaltung erreicht werden könne, sei das Tierschutzgesetz zu ändern, um von dieser Vorgabe abzurücken. Für eine Lokalanästhesie durch Tierhalter bedürfe es einer Rechtsverordnung. Ferner könne Lidocain erst nach einer arzneimittelrechtlichen Umwidmung eingesetzt werden.

Länderberichte 13 + Sonderbeilage

## Praktisch keine Nitratbelastung des Trinkwassers - Bericht des UBA für 2014 bis 2016

In Deutschland überschreitet das Trinkwasser aus großen zentralen Anlagen schon seit Jahren nicht mehr den Grenzwert für Nitrat. Weniger als ein Promilleteil der von 2014 bis 2016 untersuchten Proben wiesen mehr als 50 mg Nitrat pro Liter auf. Auch bei nahezu allen mikrobiologischen und chemischen Qualitätsanforderungen hielten mehr als 99,9 % der Proben die strengen rechtlichen Vorgaben ein. Diese Ergebnisse finden sich im aktuellen Bericht des Umweltbundesamtes zur Trinkwasserqualität. Der Bauernverband sieht sich durch diesen bestätigt. Er betonte, dass die Landwirtschaft die Kooperation mit der Wasserwirtschaft intensivieren werde, um die Nährstoffsalden weiter zu verbessern.

Länderberichte 9

## Hogan will Obergrenze von 60 000 Euro

Die größeren landwirtschaftlichen Betriebe müssen sich auf stärkere Einschnitte bei den Direktzahlungen einstellen. Die EU-Kommission plant offenbar weiterhin, für diese Beihilfen eine jährliche Obergrenze von 60 000 Euro je Betrieb einzuführen. Das geht aus einem noch unveröffentlichten Entwurf der EU-Behörde zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 hervor. Von der Kapazitätsgrenze sollen allerdings die Arbeitskosten des Betriebes abgezogen werden können. Die offizielle Vorstellung des Entwurfs durch EU-Agrarkommissar Phil Hogan ist für Ende dieser Woche angekündigt. Ferner will die Brüsseler Behörde mindestens 60 % der gesamten Agrargelder in der Ersten Säule belassen. Damit soll ein „Basisinkommen“ der Landwirte gewährleistet werden. Darüber hinaus ist dem internen Entwurf zufolge eine weitere Angleichung der Höhe der Direktzahlungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten vorgesehen. Auch dies würde auf Kosten der Landwirte in Deutschland gehen; profitieren würden davon insbesondere die Betriebe in Litauen, Estland und Lettland. Deutliche Kritik an einem Garantieanteil für die Ersten Säule äußerten Birdlife International und der Naturschutzbund Deutschland (NABU). Derweil forderte die österreichische Landwirtschaftsministerin und kommende EU-Agrarratspräsidentin Elisabeth Köstinger im Interview mit AGRA-EUROPE eine stärkere Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe. Eine Kürzung des EU-Agraretats lehnt sie ab. Höhere Ansprüche könnten mit weniger Geld nicht erfüllt werden, gab Köstinger auch mit Blick auf den Umwelt- und Naturschutz zu bedenken.

EU-Nachrichten 1 und 6